

Pressemitteilung

„Bundesregierung vernachlässigt Religionspolitik“

Politikwissenschaftler sieht Problemdruck in Islam-Fragen – Mangelndes Engagement von Innenminister Friedrich – Kanada zum Vorbild nehmen

Münster, 19. Juli 2013 (exc) Die Bundesregierung und die Bundesländer vernachlässigen nach Einschätzung von Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Willems drängende Fragen der Religionspolitik. Im internationalen Vergleich stehe Deutschland auf dem Feld schlecht da. Das gelte vor allem für den Umgang mit dem Islam, schreibt der Forscher des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster im neuen Themenmagazin „Reformation. Macht. Politik.“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Die Deutsche Islam Konferenz sei ein Schritt in die richtige Richtung. „Aber das mangelnde Engagement von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hat diesen Impuls schon wieder zum Erliegen gebracht.“

Die Muslime in Deutschland kämpften seit mehr als 20 Jahren für das Recht auf Religionsfreiheit, das ihnen die Verfassung zuschreibe, unterstreicht der Experte. Doch in zentralen Fragen wie dem islamischen Religionsunterricht oder der Islamlehrer-Ausbildung seien erst jüngst Fortschritte zu erkennen. Dabei bestehe erheblicher religionspolitischer „Problemdruck“. Das zeigten zahlreiche Konflikte, etwa um Beschneidung, Moscheebau, Islamunterricht oder das Schächten. „Die Kopf-in-den-Sand-Religionspolitik sorgt dafür, dass wir in diese Debatten unbedarft hineinstolpern.“

Andere Länder hätten bessere Wege gewählt, schreibt der Forscher. Als Beispiel nennt er Kanada. Die Provinz Quebec habe mit einer Kommission unter Leitung der Philosophen Gerard Bouchard und Charles Taylor landesweite Diskussionsprozesse über den Umgang mit der wachsenden religiösen und kulturellen Vielfalt angestoßen. „Die deutsche Politik wäre gut beraten, einen ähnlichen Beratungs- und Diskussionsprozess in die Wege zu leiten.“ Ohne öffentliche Debatten über religiöse Minderheiten ließen viele Konflikte sich nicht lösen, so der Politologe in seinem Gastbeitrag mit dem Titel „Schlecht vorbereitet“.

Zu wenig nicht-christliche Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser

Teile der politischen Eliten hätten Deutschland lange nicht als Einwanderungsland angesehen, „was demgemäß auch keine religionspolitischen Reformen nötig machte“, bemängelt Prof. Willems. Die Religionskonflikte würden in der Politik und von Gerichten verhandelt, nicht jedoch in öffentlichen Debatten. „Die Abwägungsprozesse werden aber nur gelingen, wenn in der Bevölkerung das Verständnis für die berechtigten Ansprüche von religiösen wie nichtreligiösen Mehrheiten und Minderheiten entsteht und die Fähigkeit wächst, darüber informiert zu streiten.“ Stattdessen herrschten

„problematische Wahrnehmungen“: Die christliche und konfessionslose Mehrheit sehe Forderungen von Minderheiten wie den Muslimen als Bedrohung oder Interessenpolitik an. „Das hat sich in der übergroßen Ablehnung einer gesetzlichen Zulassung der Beschneidung gezeigt.“ Die nicht-christlichen Minderheiten wiederum meinten, sie würden nicht anerkannt und es sollten nur Mehrheitstraditionen gelten.

Als Problem sieht der Wissenschaftler auch die religionspolitische Ordnung selbst an. In der Frühphase der Bundesrepublik sei sie für eine mehrheitlich christliche Gesellschaft entworfen worden. So würden zur Anerkennung als Körperschaft öffentlichen Rechts Bedingungen an Religionen gestellt – wie einen zentralen Ansprechpartner für den Staat und klare Mitgliederstrukturen – die etwa der Islam so nicht erfüllen könne. Auch habe man den großen christlichen Kirchen nach dem Krieg einen möglichst großen Handlungsspielraum für eine christliche Prägung der Gesellschaft eröffnet, vor allem mit Blick auf Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Altersheime. „Wenn heute jedoch die überwiegende Zahl sozialer Einrichtungen von christlichen Trägern betrieben wird, fehlt ein ausreichendes Angebot für Konfessionslose und Nicht-Christen. Das gilt für die Beschäftigten wie die Klienten solcher Einrichtungen.“ (vvm)

EKD-Themenmagazin über Reformation und Politik

Das Themenmagazin „Reformation. Macht. Politik.“ ist ein Beitrag zur EKD-Lutherdekade, die der Vorbereitung auf das Reformationsjubiläum 2017 dient. Das Jahr 2014 ist dem Themenfeld „Reformation und Politik“ gewidmet. Gemeinden, Schulen und Bildungseinrichtungen erhalten das Magazin zur Vorbereitung auf das Themenjahr. Der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider schreibt im Vorwort, das Heft solle anregen „zum intensivierten Gespräch über den Beitrag, den die Kirchen für das Zusammenleben in Staat und Zivilgesellschaft leisten.“

Unter den Autoren sind Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Kirchen wie Wolfgang Huber, Volker Kauder, Günther Beckstein, Manuela Schwesig und Josef Philip Winkler sowie Mitglieder des Exzellenzclusters „Religion und Politik“. So schreibt die Theologin und Soziologin Prof. Dr. Judith Könemann über die Rolle der christlichen Kirchen in der Öffentlichkeit (<http://www.ekd.de/reformation-und-politik/macht/oeffentlichkeit.html>). Der Religionssoziologe Prof. Dr. Detlef Pollack schreibt über die Haltung der Deutschen und Europäer gegenüber der wachsenden Religionsvielfalt (<http://www.ekd.de/reformation-und-politik/politik/umfrage.html>). (EKD)

EKD-Themenmagazin: www.reformation-und-politik.de

Beitrag von Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ulrich Willems:
<http://www.ekd.de/reformation-und-politik/politik/religionspolitik.html>

Bildzeile: Prof. Dr. Ulrich Willems (Foto: Julia Holtkötter)

Kontakt:

Viola van Melis
Zentrum für Wissenschaftskommunikation
des Exzellenzclusters „Religion und Politik“
Johannisstraße 1
48143 Münster
Tel.: 0251/83-23376
Fax: 0251/83-23246
religionundpolitik@uni-muenster.de
www.religion-und-politik.de

Wenn Sie Pressemitteilungen des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ nicht beziehen wollen, mailen Sie bitte an religionundpolitik@uni-muenster.de

Der Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der WWU Münster

Im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) forschen rund 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus mehr als 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern und 14 Nationen. Sie untersuchen das komplexe Verhältnis von Religion und Politik quer durch die Epochen und Kulturen: von der antiken Götterwelt über Judentum, Christentum und Islam in Mittelalter und früher Neuzeit bis hin zur heutigen Situation in Europa, Amerika, Asien und Afrika. Es ist der bundesweit größte Forschungsverbund dieser Art und von den 43 Exzellenzclustern in Deutschland der einzige zum Thema Religion. Bund und Länder fördern das Vorhaben in der zweiten Förderphase der Exzellenzinitiative von 2012 bis 2017 mit 33,7 Millionen Euro.